

Rezensionen

Eder, Christian: „Rote Karte“ gegen „Spinner“? Bedeutung und Reichweite staatlicher Neutralitätspflichten in der politischen Auseinandersetzung, Duncker & Humblot, Berlin 2017, 215 S., ISBN 978-3-4281-5281-0, € 74,90.

Vermehrt waren in den vergangenen Jahren wertende Äußerungen von Staatsorganen über politische Parteien Gegenstand verfassungsgerichtlicher Entscheidungen. Eine Aufarbeitung des Streitstandes zur Bedeutung und Reichweite staatlicher Neutralitätspflichten in der politischen Auseinandersetzung hat *Christian Eder* vorgelegt.

Der Titel seiner Dissertation – „Rote Karte“ gegen „Spinner“? – spielt in diesem Zusammenhang auf zwei Entscheidungen des BVerfG an: Das Urteil zur Bewertung der NPD als „Spinner“ durch den früheren Bundespräsidenten Joachim Gauck und das Verfahren gegen die frühere Bundesministerin für Wissenschaft und Forschung, Johanna Wanka, die in einer Pressemitteilung dazu aufforderte, der AfD die „rote Karte“ zu zeigen. Damit ist ein Schwerpunkt des Werks identifiziert. Der Autor setzt sich mit den unterschiedlichen Maßstäben, die das BVerfG an die Zulässigkeit von Äußerungen durch den Bundespräsidenten und Mitglieder der Bundesregierung anlegt, auseinander.

Nach einer kurzen Darstellung der aktuellen verfassungsrechtlichen Problematik, nimmt *Eder* eine verfassungsrechtliche Verortung des Prinzips staatlicher Neutralität im Kontext parteipolitischer Auseinandersetzungen vor. Er plädiert im Anschluss für eine strikte parteipolitische Neutralität von Bundespräsident und Bundesregierung und macht dies insbesondere an ihren verfassungsrechtlichen Aufgaben und Funktionen fest. Er stimmt der „scharfen Herangehensweise“ des BVerfG in Bezug auf die Äußerungsbefugnisse der Bundesregierung zu, kritisiert aber die demgegenüber abweichende Rechtsprechung in Bezug auf den Bundespräsidenten. Diesem weist er die Rolle eines parteipolitisch neutralen „Wächters“ zu, dessen Aufgabe die Erhaltung der Verfassung und ihrer Werte sowie die Sicherung der Funktionsfähigkeit des staatlich-politischen Apparats sei. Der Autor spricht sich letztlich gegen eine Differenzierung zwischen den Staatsorganen aus und konkretisiert in einem letzten Teil, welche Handlungsspielräume für eine die staatliche Neutralität wahrende (partei-)politische Auseinandersetzung eröffnet sind.

Die Darstellung führt eindringlich vor Augen, wie vielfältig die Problemlagen sind, die im Zusammen-

hang mit Äußerungen von Staatsorganen bestehen. Dabei bietet sie auch Anlass für kritische Diskussionen. So will *Eder* die Neutralitätsverpflichtung im Grundsatz auch gelten lassen, wenn Mitglieder der Bundesregierung in der parteipolitischen Sphäre handeln. Zwar werden Regierungsmitglieder immer auch in dieser Funktion wahrgenommen, im parteipolitischen Kontext muss allerdings berücksichtigt werden, dass sie auch Spitzenfunktionäre ihrer Partei sind und als solche die Möglichkeit haben müssen, für deren Positionen einzustehen. Insbesondere in Wahlkampfzeiten würden Regierungsmitglieder in eine passive Rolle gedrängt, müssten sie im parteipolitischen Zusammenhang eine größere Zurückhaltung üben. Es ist zu überlegen, ob der von *Eder* benannten Gefahr einer „missbräuchlichen Nutzung parteipolitischer Plattformen“ nicht vorrangig bei der Bestimmung des Äußerungskontextes Rechnung getragen werden muss.

„Rote Karte“ gegen „Spinner“? Ob diese und ähnliche Äußerungen von Staatsorganen verfassungsrechtlich zulässig sind, ist nicht einfach zu beantworten. *Christian Eder* trägt mit seinem Werk dazu bei, die Debatte zu systematisieren und gibt eine Vielzahl spannender Impulse für die weitere Diskussion. Wer einen strukturierten Überblick über die Reichweite staatlicher Neutralitätspflichten sucht, wird hier fündig.

Jasper Prigge

Gehlen, Andreas von: Parteiendemokratien – Zur Legitimation der EU-Mitgliedstaaten durch politische Parteien, De Gruyter, Oldenbourg 2017, 117 S., ISBN 978-3-11056412-9, € 99,95.

Vor dem Rezensenten liegt ein Exemplar einer ungewöhnlichen Gattung wissenschaftlicher Literatur, nämlich der zu einer selbständigen Publikation ausgearbeitete erste Teil der Dissertationsschrift des Autors aus dem Jahr 2005, die den Titel „Europäische Parteiendemokratie? Institutionelle Voraussetzungen und Funktionsbedingungen der europäischen Parteien zur Minderung des Legitimationsdefizits der EU“ trägt. Eigene Themen zu variieren und neu zu fassen, ist aber ein nicht nur in der Kunst, sondern auch in der Wissenschaft legitimer und oft auch sinnvoller Arbeitsmodus, weil er Spezialisierungsgewinne zum Tragen kommen lässt.

Der Band will – so lässt sich der Einleitung entnehmen – die Frage klären, „warum [...] politische Parteien in der EU Funktionen wahrnehmen, die einen maßgeblichen Beitrag zur demokratischen Legitima-